

☒ **Beschluss**

☐ **Wahl**

☐ **Kenntnisnahme**

Vorlagen Nr. 50/001/2010/2

öffentlich

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Herr Michael Beitelmann	Datum: 09.03.2010 Az.: 50-233
--	----------------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Kreistag	22.03.2010	Beschluss

Projekt ALTERNativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht

Finanzielle Auswirkung	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Personelle Auswirkung	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Organisatorische Auswirkung	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die im Abschlussbericht unter Punkt 7 dargestellten weiteren Schritte zur Ambulantisierung der Hilfe zur Pflege einzuleiten, insbesondere

- Die Arbeit für Menschen mit demenziellen Erkrankungen durch Kooperation fortzuführen
- Eine Verbesserung der Wohnsituation im häuslichen Umfeld durch geeignete Maßnahmen, auch in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften anzustreben
- Die Schaffung weiterer Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen zu ermöglichen
- Das bürgerschaftliche Engagement im Kreis Mettmann weiter zu stärken
- Komplementären Diensten, die älteren Menschen den Verbleib in der Häuslichkeit erleichtern, mehr Geltung verschaffen
- Maßnahmen zu ergreifen und Initiativen zu stärken, die der Vereinsamung älterer Menschen entgegen wirken
- Die Neuausrichtung der Begegnungsstättenarbeit aktiv begleiten, kontrollieren und regelmäßig evaluieren

Ziel der Maßnahmen ist es, dazu beizutragen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen möglichst lange zufrieden in ihrem bisherigen Wohnumfeld verweilen und dadurch die zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der stationären Pflege und des Pflegewohngeldes reduziert werden können.

- Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt wird intensiviert, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises.
- Die Einrichtung einer Beratungshotline soll weiter geprüft werden. Es wird als Muster auf die Hotline des Kreises Neuss verweisen.
- Die unterschiedliche Beratungsqualität der Pflege-Wohnberatung in den einzelnen Städten soll überprüft werden. Die Qualität und Wartezeit ist sehr unterschiedlich. Kommunen, die kein gutes Angebot bereithalten, sollten entsprechend beraten werden.
- Es sollte weiterhin geprüft werden, ob Maßnahmen erforderlich sind, die eine dauerhafte Heimunterbringung alleinlebender alter Menschen nach Krankenhausaufenthalt und nachfolgender zeitweiser Hilflosigkeit unterbinden können.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Überkapazitäten in stationären Betreuungseinrichtungen zu verhindern. Hierzu sollen Gespräche mit den kreisangehörigen Städten, Investoren und beteiligten Dritten geführt werden. Auf die finanziellen Auswirkungen weiterer Überkapazitäten für den Kreishaushalt und die städtischen Haushalte sowie etwaige Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung soll hingewiesen werden.

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Herr Michael Beitelmann	Datum: 09.03.2010 Az.: 50-233
--	----------------------------------

Projekt ALTERnativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht

Anlass der Vorlage:

Das Projekt *ALTERnativen 60plus – Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann* hat zum 31.12.2009 seine Arbeit beendet. Als Anlage wird der Abschlussbericht des Projektes vorgelegt.

Sachverhaltsdarstellung:

In der Sitzung des Sozialausschusses am 20.8.2007 -Vorlage Nr. 50/030/2007- hatte die Verwaltung angekündigt, ein Konzept zu entwickeln, das insbesondere für ältere Menschen mit Hilfe- Betreuungs- oder Pflegebedarf im Kreis Mettmann eine Alternative zur Heimunterbringung bietet. In der Sitzung am 18.08.2008 hat die Verwaltung die Konzeption eines Projektes unter dem Namen *ALTERnativen 60plus – Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann* vorgestellt (Vorlage Nr. 50/009/2008). Der Ausschuss hatte die Verwaltung beauftragt, auf dem beschriebenen Weg fortzufahren, sowie ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und vorzulegen.

In dem vorliegenden Abschlussbericht wird die Arbeit des Projektes dargestellt und ein Fazit gezogen. Danach ist es sinnvoll, die bereits erarbeiteten Maßnahmen fortzuführen und die Seniorenpolitik des Kreises Mettmann entsprechend den Empfehlungen des Berichtes neu auszurichten.

Die Verwaltung beabsichtigt, den Abschlussbericht des Projektes *ALTERnativen 60plus* im Internet und als Broschüre zu veröffentlichen.

Ergebnis der Beratungen aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 22.02.2010:

Die Fraktionen würdigen den Abschlussbericht als hervorragendes Ausgangsprodukt für die künftige Seniorenpolitik im Kreis Mettmann und sprechen für die geleistete Arbeit ihren Dank aus.

Frau Stolz erläutert den verteilten Ergänzungsantrag (siehe **Anlage 3**). Ein besonders wichtiges Anliegen ist die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit – nicht nur in Bezug auf den Internetauftritt, sondern auch im Rahmen von frei zugänglichen Medien des Kreises.

Nach reger Diskussion wird vereinbart, den Ergänzungsantrag dahingehend zu modifizieren, dass die laufenden Ziffern 1. und 2. zusammengefasst werden mit dem Wortlaut „Es wird beantragt, die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt zu intensivieren, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises“.

Im Hinblick auf die Begegnungsstätten kündigt Herr Kreisdirektor Richter an, die neuen Förderrichtlinien für Seniorentreffs in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im Rahmen einer Vorlage vorzustellen.

In diesem Zusammenhang äußert Herr Schnitzler den Wunsch, zukünftig noch stärker in die Entwicklung neuer Richtlinien mit eingebunden zu werden.

Herr Schnitzler bittet ferner, die Beschlussformulierung „... die im Abschlussbericht dargestellt...“ um die Worte **unter Punkt 7** zu erweitern.

Frau Mannheim berichtet davon, dass – insbesondere in Heiligenhaus – immer mehr Heimplätze errichtet werden, was dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ entgegensteht. Herr Kreisdirektor Richter erläutert, dass stationäre Pflegeeinrichtungen ohne Prüfung eines tatsächlichen Bedarfs von Investoren errichtet werden können. Lediglich im Rahmen der baurechtlichen Prüfungen wäre hier seitens der kreisangehörigen Städte eine Einflussmöglichkeit gegeben. Es wird vorgeschlagen, den Beschlussvorschlag zu ergänzen und der Verwaltung einen Auftrag zu erteilen, die Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Überkapazitäten in stationären Betreuungseinrichtungen zu verhindern.

Ergebnis der Beratungen aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 08.03.2010

Die Mitglieder des Kreisausschusses bewerteten den vorgelegten Bericht als hervorragende Grundlage für eine solide Altenpolitik.

Landrat Hendele führte aus, dass der Beschlussvorschlag in folgendem Punkt geringfügig modifiziert werden müsse:

- ~~Es wird beantragt, die~~ Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt ~~zu intensivieren~~ *wird intensiviert*, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises.

KA Wedel beantragte zudem, im Beschlussvorschlag das Wort „Heimeinweisung“ in „Heimunterbringung“ abzuändern.

- Es sollte weiterhin geprüft werden, ob Maßnahmen erforderlich sind, die eine dauerhafte ~~Heimeinweisung~~ *Heimunterbringung* alleinlebender alter Menschen nach Krankenhausaufenthalt und nachfolgender zeitweiser Hilflosigkeit unterbinden können.

Dem so geänderten Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Anlage

Abschlussbericht

Antrag der SPD-Fraktion